

War „Israel“ mitschuldig am jüngsten Gaza-Krieg?

Ein Gastkommentar von Bischof i.R. Dr. Hans-Jürgen Abromeit. Sein Beitrag ist eine Antwort auf einen Text von IDEA-Redakteur David Wengenroth ([Link](#))

Verständlicherweise geht IDEA mit Wohlwollen zugunsten Israels an den Israel-Palästina-Konflikt heran. Denn dieser Staat ist auch deswegen entstanden, weil die von Deutschen verfolgten Juden keinen Zufluchtsort in dieser Welt gefunden haben und so zu Millionen getötet worden sind. Und Israel ist Gottes erst erwähltes Volk. Schon deshalb gilt ihm unsere Sympathie als Christen.

Aus einer religiösen Sonderstellung folgt keine politische Sonderstellung

Aber zugleich sind wir dem Herrn der Geschichte, Gott, schuldig, uns für Recht und Gerechtigkeit einzusetzen. Eine geistliche Aussage liegt auf einer anderen Ebene als eine politische. Aus der religiösen Sonderstellung des jüdischen Volkes folgt nicht eine politische Sonderstellung. Alle Staaten dieser Welt unterliegen dem gleichen Völkerrecht. Für alle Staaten sind die Menschenrechte verbindlich. Nur ein Staat, in dem alle Bürger die gleichen Rechte haben, ist ein Rechtsstaat zu nennen. Das gilt auch für den Staat Israel, denn „der Herr hat das Recht lieb“ (Psalm 37,28). Jeder Jurist weiß: Völkerrechtspositionen werden auch nicht dadurch falsch, weil sie Jahrzehnte alt sind. Auch wenn wir Freunden gefallen wollen, dürfen wir das Recht nicht beugen.

Israel bedient sich unlauterer Methoden

Zudem müssen wir genauer hinschauen und unterscheiden: Wer ist Israel und wer sind die Israelis? Wer sind die Palästinenser? Nicht alle Palästinenser sind die Hamas und nicht alle Israelis standen hinter den Aktionen der bisherigen Netanjahu-Regierung. Was hat konkret zum kriegesischen Gaza-Konflikt vom 10. bis 21. Mai dieses Jahres geführt? Davon hat man in IDEA bisher nichts gelesen, auch nicht zur Frage: Haben Organe und Repräsentanten des Staates Israel zu diesem Konflikt beigetragen? Die Antwort lautet: Ja, haben sie. Das Bestreben der Siedlerbewegung und leider auch der israelischen Regierungen der letzten Jahrzehnte ist darauf gerichtet, immer mehr Land in jüdischen Besitz zu bringen und die Souveränität des Staates Israel auf weiteres Territorium auszudehnen. Dazu bedient man sich auch unlauterer Methoden.

Was im Vorfeld des Gaza-Krieges eine Rolle gespielt hat

Drei Vorgänge im Raum Jerusalem spielten im Vorfeld des Gaza-Krieges im Mai eine Rolle. Erstens: Im Süden – zwischen Jerusalem und Bethlehem – ist in den letzten Jahren auf enteignetem Land, das überwiegend christlichen Palästinensern aus dem Ort Beit Sahur gehört, die schon mehr als 25.000 Einwohner umfassende israelische Siedlung Har Homa errichtet worden. Diese Siedlung soll jetzt erweitert werden. Zweitens: Südlich der Altstadt Jerusalems liegt das arabische Dorf Silwan. Seit Jahren versucht Israel dieses Dorf in seinen Besitz zu bekommen. Obwohl noch Prozesse anhängig sind, haben jetzt 119 Familien, die in 88 Gebäuden leben, die Aufforderung bekommen, innerhalb von drei Wochen ihre Häuser zu verlassen, damit diese abgerissen werden können. Drittens: Ebenfalls im arabischen Ostjerusalem, in Sheikh Jerrah, einem Stadtteil 800 Meter nördlich des Damaskustores, haben israelische Siedlerorganisationen sich das Recht erkaufte, Grundstücke zu übernehmen. Diese waren vor der Errichtung des Staates Israels in jüdischem Besitz. Aber die seit Ende der 1940er Jahre dort wohnenden Araber – aus Westjerusalem im jüdisch-arabischen Krieg vertrieben – besitzen gültige Eigentumsurkunden Jordaniens, auf dessen Gebiet die Gegend damals lag. Die angebliche Rechtmäßigkeit der Vertreibung der Araber aus diesen Häusern ist vom obersten Gericht Israels festgestellt worden und gleichzeitig die Rückkehr von Arabern in Häusern ihrer Familie in Jaffa, Haifa und anderswo in Israel verworfen worden. Die Stimmung war Ende April äußerst aufgeheizt.

Die Jugend Palästinas hat keine Perspektive

Dann zogen am 22. April junge Israelis der Siedlerorganisation Lehava in einer massiven Demonstration, von der Polizei geschützt, durch Ostjerusalem und skandierten „Tod den Arabern“ und „Araber raus“. Das

nennt man Volksverhetzung. Schließlich wurden am 30. April die Wahlen zum palästinensischen Parlament abgesagt, weil Israel die Durchführung der Wahlen in Ostjerusalem nicht erlaubte. Die bisher letzte Parlamentswahl in den Palästinensergebieten fand 2006 statt, die letzte Präsidentenwahl 2005. Etwa die Hälfte der rund 2,5 Millionen Wahlberechtigten hätte zum ersten Mal wählen dürfen. Palästina ist ein Land mit einer überwiegend jugendlichen Bevölkerung. Das Durchschnittsalter beträgt 16,7 Jahre.

Aber die Jugend Palästinas hat keine Zukunft und keine Perspektive. Die Arbeitslosigkeit liegt bei konstant 26 Prozent. Sozial- und Krankenversicherung gibt es nicht. Die Unzufriedenheit mit Präsident Abbas ist groß. Als Abbas spürte, dass sein Volk ihm einen Denkmalsstein erteilen würde, kam ihm die Weigerung Israels, die Wahl auch im arabischen Ostjerusalem stattfinden zu lassen, gerade recht, um einen Grund zu haben, die Wahlen abzusagen.

Die Hamas hat die Situation ausgenutzt

Wer der Jugend eine Zukunftsmöglichkeit eröffnet, wird sie gewinnen. Diese Situation hat die Hamas ausgenutzt. Sie hatte massiv an Ansehen verloren, weil sie es im Gazastreifen nicht geschafft hat, eine gute Regierung zu etablieren. Sie ließ Tausende von Raketen nach Israel schießen. Viele aus der Jugend Palästinas hatten nun den Eindruck, dass niemand etwas gegen das Unrecht, das sie von Israel erfahren, unternimmt. Sie fühlen sich von der ganzen Welt verlassen. Sie hatten den Eindruck: Nur die Hamas unternimmt etwas. So treiben nationalistische Kräfte in Israel die jungen Palästinenser in die Arme der Hamas.

Wie Frieden entstehen kann

Diese Erläuterungen legitimieren nicht die Angriffe auf israelische Stätte und Bürger. Kriegerische Handlungen gegen die Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen und in Kauf genommene Tötungen unschuldiger Bürger Mord. Diese Gewaltexzesse führen zu keiner Lösung des Konfliktes. Aber sie zeigen, dass nicht nur die palästinensische Seite den Krieg zu verantworten hat, sondern dass es auch Israelis waren, die Öl ins Feuer gegossen haben. Friede wird in Israel und Palästina nur entstehen, wenn beide Seiten bereit sind, auf Augenhöhe miteinander zu reden, und gleiche Rechte für alle zu akzeptieren.

(Der Autor, Hans-Jürgen Abromeit (Greifswald), war bis 2019 Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche). Er ist ehrenamtlicher Vorsitzender des Berliner Jerusalemvereins und des Fördervereins Dar al-Kalima.)